

Heise, Michael

Article — Digitized Version

Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heise, Michael (1987) : Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 7, pp. 366-372

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136300>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Michael Heise

Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeit

Das Problem der Arbeitslosigkeit dominiert seit vielen Jahren die wirtschaftspolitische Diskussion in den westlichen Industrieländern. Wie erklärt die Wirtschaftstheorie die unzureichende gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfrage? Wie hoch ist ihr Erklärungswert vor dem Hintergrund des empirischen Befunds für die Bundesrepublik Deutschland einzuschätzen?

Immer wieder sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit untersucht und entsprechende wirtschaftspolitische Therapieansätze entwickelt worden. Gleichwohl gibt es unter Politikern wie unter Ökonomen einen grundsätzlichen beschäftigungspolitischen Dissens, den man wohl in der folgenden Frage zuspitzen kann: Liegt eine nicht vollbeschäftigungskonforme Nachfrage nach Arbeitsleistung in erster Linie an einem ungünstigen Verhältnis von Kosten und Erlösen, oder sind es mengenmäßige Beschränkungen des Absatzes aufgrund mangelnder Güternachfrage, die die Unternehmen veranlassen, von vorhandenen Arbeitskraftressourcen auch bei niedrigen Kosten keinen Gebrauch zu machen?

Je nach Sichtweise kommt man zu völlig unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen. Nach der ersten Auffassung ist der Lohnpolitik eine besondere beschäftigungspolitische Verantwortung zu übertragen, weil sie den Preis des Produktionsfaktors Arbeit bestimmt. In einer Wirtschaft, in der die Realzinsen und die Preise importierter Vorleistungsgüter in hohem Maße von den Weltmärkten vorgegeben, d. h. dem wirtschaftspolitischen Einfluß entzogen sind, ist das Lohnniveau ein wichtiger Ansatzpunkt zur Schaffung guter Produktions- und Investitionsbedingungen. Folgt man der konkurrierenden Hypothese, so gilt es, das Phänomen der Unterbeschäftigung, das auch bei niedrigen realen Faktorpreisen auftreten kann, von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageseite her zu bekämpfen.

Zielsetzung dieses Beitrags ist es, geläufige theoretische Argumente zur Höhe der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage vor dem Hintergrund der empirischen Entwicklung kritisch zu würdigen. Die Tabelle präsentiert hierfür einige Zahlen zur Entwicklung der Faktor-

preise und des Arbeitseinsatzes im industriellen Sektor der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1973 bis 1985¹.

Reallöhne

An dem empirischen Befund überrascht zunächst, daß der starke Beschäftigungsrückgang in den Zeiträumen von 1973 bis 1976 und 1979 bis 1982 nicht von ausgeprägt hohen Reallohnsteigerungen begleitet war. Ebenso wenig läßt sich die vergleichsweise positive Beschäftigungsentwicklung in den Jahren von 1976 bis 1979 auf niedrige Lohnsteigerungen zurückführen – die Reallohnsteigerungen waren in diesem Zeitraum überdurchschnittlich hoch. Gibt es hier einen Widerspruch zwischen dem empirischen Befund und dem bekannten theoretischen Lehrsatz, daß bei steigendem Arbeitseinsatz sinkende und bei rückläufigem Arbeitseinsatz zunehmende, kurz antizyklische Reallohtendenzen zu erwarten sind?²

¹ Es erweist sich als zweckmäßig, die in der Tabelle verwendeten Variablen an geeigneten späteren Textstellen näher zu erläutern. Vorweggenommen sei hier jedoch, daß der Tabelle die Vorstellung eines Modells zugrunde liegt, welches neben den Primärfaktoren Arbeit und Kapital ein Vorleistungsprodukt als dritten Produktionsfaktor berücksichtigt. Aus diesem Grunde ist es adäquat, die nominalen Faktorpreise – anders als in einem rein auf die Wertschöpfung abgestellten Modell – mit einem Preisindex für die Bruttoproduktion zu deflationieren. Hinzuweisen ist auch auf die allein stilistisch motivierte synonyme Verwendung der Begriffe Arbeitseinsatz und Beschäftigung, die sich beide auf die Anzahl der Arbeitsstunden beziehen.

² Wie an den Veränderungen der Kapazitätsauslastung zu erkennen ist, spiegelt das Zahlenmaterial in der Tabelle auch konjunkturelle Einflüsse wider. Konjunkturelle Erwägungen waren allerdings für die Unterteilung des Gesamtzeitraumes in Dreijahresperioden nicht ausschlaggebend. Vielmehr wurden die Zeitabschnitte so gewählt, daß die Wirkungen der Ölpreisschocks in den Jahren 1973 und 1979 klar hervortreten mußten. Über das Phänomen prozyklischer Reallohnbewegungen gibt es eine traditionsreiche internationale Diskussion, die auf Veröffentlichungen von J. T. Dunlop: *The Movement of Real and Money Wage Rates*, in: *Economic Journal*, Vol. 48, 1938, S. 413-433, L. Tarshis: *Relative Movements of Real Wages and Output*, in: *Economic Journal*, Vol. 49, 1939, S. 150-154, und J. M. Keynes: *Relative Movements of Real Wages and Output*, in: *Economic Journal*, Vol. 49, 1939, S. 34-51, zurückgeht. Die neoklassische Theorie der Unternehmung ist aufgrund dieser Diskussion in vielen Aspekten weiterentwickelt worden. Sie kann auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Vgl. z. B. M. L. Mitchell, M. S. Wallace, J. T. Warner: *Real Wages over the Business Cycle: Some Further Evidence*, in: *Southern Economic Journal*, Vol. 51, 1985, S. 1162-1173.

Dr. Michael Heise, 30, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Dagegen könnte zunächst eingewendet werden, daß die zahlreichen Formen von Lohnnebenkosten, zumindest soweit sie monetär meßbar sind, in die Reallohnrechnung eingehen sollten. Trägt man diesem Einwand Rechnung, indem die Arbeitseinkommen im produzierenden Gewerbe, die eine Reihe wichtiger Lohnzusatzkosten enthalten, auf die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden bezogen werden³, so zeigt sich zwar ein wesentlich stärkerer Anstieg des so definierten Lohnniveaus über den gesamten Beobachtungszeitraum. Hinsichtlich des Befundes eher prozyklischer Reallohnvariationen ergibt sich jedoch keine wesentliche Aussagedifferenz. Gleichwohl wäre es voreilig, neoklassische Modellvorstellungen oder aus diesen abgeleitete Maßnahmen der Beschäftigungspolitik alleine deswegen zu verwerfen, weil der Nachweis fehlt, daß Reallöhne und Beschäftigung zeitgleich negativ korreliert sind.

Eine solchermaßen schlichte empirische Beweisführung würde die folgenden Aspekte vernachlässigen, die für eine Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung und für einen aussagekräftigen Hypothesentest von großer Bedeutung sind:

- Hat es in dem betrachteten Zeitraum Änderungen in der Produktivitätsentwicklung gegeben?
- Welche Rolle spielen Änderungen der Kapitalnutzungskosten und der Preise importierter Vorleistungsprodukte für die Höhe der Arbeitsnachfrage? Hat es Veränderungen dieser Variablen gegeben, die den Zusammenhang zwischen Reallöhnen und Beschäftigung überlagern?
- Werden die Unternehmen ihre Nachfrage nach Arbeit ohne nennenswerte zeitliche Verzögerungen an Faktorpreisänderungen anpassen? Werden sie sich nur an aktuellen Variablenwerten orientieren?
- Gibt es Ungleichgewichte am Gütermarkt, etwa in Form eines Mangels an effektiver Gesamtnachfrage, die das Beschäftigungsverhalten der Unternehmen maßgeblich beeinflussen?

³ Die „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ enthalten z. B. tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber, Lohnfortzahlungen bei Krankheit, Jahressonderzuwendungen, vermögensbildende Leistungen und verschiedenes andere mehr. Es ist allerdings ein gravierender Nachteil dieser Lohndefinition, daß sie verschiedene Prämien, z. B. Überstundenzuschläge enthält, die positiv mit der Beschäftigungslage variieren und Schätzungen der Reallohnelastizitäten der Arbeitsnachfrage in positiver Richtung verzerren. Aufgrund dieser „Überstundenproblematik“ wird in ökonometrischen Untersuchungen häufig die auch in der Tabelle verwendete Tariflohnvariable bevorzugt. Vgl. R. E. Lucas: Capacity, Overtime and Empirical Production Functions, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, 1970, S. 23-27, für eine theoretische Abhandlung zu diesem Problem.

⁴ Aus diesem Grund wird zuweilen versucht, die Lohnquote um eine lohninduzierte Komponente des Produktivitätsfortschritts zu bereinigen. Vgl. H. Klotz: Lohnquote und Beschäftigung – Die Lohnlücke, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 201, 1986, S. 480-497.

Von diesen vier Aspekten, die im weiteren Verlauf des Beitrages angesprochen werden, steht nur der vierte im Konflikt mit dem neoklassischen Erklärungsanspruch, der Marktungleichgewichte als vorübergehendes und den Tausch nicht bestimmendes Phänomen betrachtet.

Produktivitätsschwankungen

Die Frage, inwieweit Änderungen der realen Faktorpreise auf Produktivitätsänderungen zurückzuführen sind und somit als beschäftigungsneutral gelten dürfen, ist außerordentlich schwer zu beantworten. In ökonometrischen Untersuchungen, die sich mit Produktionsfunktionen oder Faktornachfragesystemen beschäftigen, wird zumeist eine im Stützzeitraum konstante Rate des technischen Fortschritts unterstellt und durch einen exponentiellen Zeittrend abgebildet. Unterschiedlich sind im allgemeinen nur die Annahmen über die Wirkungsweise des technischen Fortschritts, etwa über die Eigenschaft der Hicks- oder der Harrod-Neutralität. Derartige Vereinfachungen sind für die wirtschaftspolitische Analyse freilich nur bedingt verwendbar.

Von größerer faktischer Bedeutung für die Lohnpolitik ist die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Auf diese Größe, die sich für die Gesamtwirtschaft etwa als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen messen läßt, wird immer dann Bezug genommen, wenn mit durchschnittlichen Lohnstückkosten oder mit (bereinigten) Lohnquoten argumentiert wird. Während sich eine Veränderung der Lohnstückkosten in eine Veränderung von Nominalöhnen und Durchschnittsproduktivität der Arbeit zerlegen läßt, ergibt sich die Lohnquote als das Verhältnis von Reallöhnen und durchschnittlicher Arbeitsproduktivität.

Problematisch an diesen Konzepten ist, daß Schwankungen der Durchschnittsproduktivität auf lohnbedingte oder auch konjunkturbedingte Änderungen des Arbeitsinsatzes zurückgehen können und insoweit nicht den technischen Fortschritt repräsentieren, der beschäftigungsneutrale Reallohnänderungen zuließe⁴. Hinzu kommt, daß nicht die Durchschnittsproduktivität, sondern die Grenzproduktivität der Arbeit für die Höhe des Faktoreinsatzes letztlich ausschlaggebend ist und daß sich beide Größen durchaus unterschiedlich entwickeln können, wenn sich die produktionstechnischen Beziehungen in der Wirtschaft ändern.

Im folgenden wird – in Übereinstimmung mit den ökonometrischen Untersuchungen, über die berichtet werden soll – von der Annahme ausgegangen, daß die Produktivitätsentwicklung im Beobachtungszeitraum ohne abrupte Schwankungen stetig verlaufen ist. Diese Annahme stellt zweifellos eine grobe Vereinfachung dar.

**Faktorpreise, Beschäftigung
und Kapazitätsauslastung
Im produzierenden Gewerbe**

(Durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

Variable	1973- 1976	1976- 1979	1979- 1982	1982- 1985
Reallohn ($\frac{W}{P}$)	1,6	2,8	-0,9	1,4
Realer Vorleistungspreis (P_v/P)	1,3	-0,4	1,3	-0,3
Arbeitseinsatz (N)	-5,5	-1,0	-3,7	-1,5
Kapazitätsauslastung KA	-2,7	1,8	-3,4	3,4

Variablen definitionen: W = Index der tariflichen Stundenlöhne im warenproduzierenden Gewerbe; P = Preisindex der Bruttoproduktion im warenproduzierenden Gewerbe, errechnet aus den amtlichen Angaben zur Bruttoproduktion in jeweiligen und konstanten Preisen; P_v = Preisindex der Vorleistungen, Berechnungsmethode analog zu P; N = Arbeiterstunden im Bergbau, verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe; KA = Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe nach Berechnungen des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München.

Es mangelt jedoch an einfachen und zugleich überzeugenden Alternativen. Zumindest ist die Verwendung von Durchschnittsproduktivitäten zur Erklärung des Arbeitsnachfrageverhaltens ungeeignet, denn es handelt sich hierbei um eine Größe, die durch die Reallöhne, die realen Vorleistungspreise oder sonstige Bestimmungsfaktoren des Unternehmensverhaltens endogen erklärt werden muß.

Reale Vorleistungspreise

Die Beschäftigungsentwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte ist leichter zu deuten, wenn man Veränderungen der realen Vorleistungspreise⁵ in die Betrachtung einbezieht. Bedingt durch die beiden Preisschübe für Rohöl erhöhten sich die Vorleistungspreise in den Zeiträumen von 1973 bis 1976 und von 1979 bis 1982 pro Jahr um durchschnittlich 1,3% schneller als die Absatzpreise der Unternehmen (vgl. Tabelle)⁶. In diesen Zeitabschnitten lag ein überdurchschnittlich hoher Beschäftigungsrückgang vor, der durch die Reallohnentwicklung allein schwerlich erklärt werden kann. Im Durchschnitt der Jahre von 1979 bis 1982 ist sogar ein Rückgang des Reallohniveaus zu konstatieren, der für

⁵ Da hier nur ein wichtiger Sektor der Gesamtwirtschaft betrachtet wird, gelten als Vorleistungen alle Güterströme, die vom Ausland wie von anderen inländischen Sektoren in das produzierende Gewerbe einfließen. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise sind freilich nur die vom Ausland importierten Vorleistungen von Bedeutung.

⁶ In dem Maße, in dem eine Überwälzung der Vorleistungsverteuerung durch Absatzpreiserhöhungen gelungen ist, sind natürlich verschlechterte Absatzbedingungen der betroffenen Branchen in Rechnung zu stellen.

⁷ An dieser Stelle sind verschiedene Beiträge von Bruno und Sachs aus den frühen achtziger Jahren hervorzuheben. Vgl. u. a. M. Bruno, J. Sachs: Input Price Shocks and the Slowdown in Economic Growth: The Case of U. K. Manufacturing, in: Review of Economic Studies, Vol. 49, 1982, S. 679-705; M. Bruno, J. Sachs: Economics of Worldwide Stagflation, Oxford 1985. Der Gegenwartswert ist definiert als Summe (bzw. Integral) aller abdiskontierten zukünftigen Gewinne.

sich genommen eine positive Beschäftigungsentwicklung hätte erwarten lassen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der siebziger Jahre hat auch dazu beigetragen, daß die modelltheoretische Analyse sogenannter Angebotschocks vorangetrieben wurde. Allzu deutlich hatten die Ölpreisschocks demonstriert, daß weder von der Annahme konstanter relativer Vorleistungspreise noch von der Hypothese einer mangelnden Substituierbarkeit zwischen Vorleistungsgütern und den Primärfaktoren Arbeit und Kapital ausgegangen werden kann. Implizit setzt man eine dieser Bedingungen voraus, wenn man, wie es etwa in der Lehrbuchliteratur üblich ist, die Arbeitsnachfrage aus einer Wertschöpfungsfunktion ableitet, die nur die Faktoren Arbeit und Kapital als Argumente enthält.

Wird das Modell einer Unternehmung, die ihren Gewinn oder ihren Gegenwartswert maximiert⁷, dagegen um einen Vorleistungsinput erweitert, so gelangt man zu den folgenden Ergebnissen: Bei kurzfristig konstantem Kapitalstock hat ein Angebotschock in Form verteuerter Vorleistungsgüter einen Rückgang von Produktion und Beschäftigung zur Folge, wenn die Reallöhne nicht entsprechend der verminderten Arbeitsproduktivität nach unten angepaßt werden⁸. Durch den verringerten Einsatz an Arbeit und Vorleistungen sinkt die Rendite des vorhandenen Kapitalbestandes und – bei gegebenem Kapitalkostensatz – auch die Neigung der Unternehmen zu investieren. Die Anpassung des Kapitalstocks erfordert längerfristig weitere Reallohnsenkungen, wenn die Beschäftigung stabilisiert werden soll.

Es gibt mittlerweile mehrere ökonometrische Studien, die sich mit den Zusammenhängen zwischen der Höhe der Arbeitsnachfrage und relativen Preisbewegungen bei Vorleistungsgütern beschäftigt haben⁹. Die Schätzergebnisse für die Arbeitsnachfragefunktion¹⁰ zeigen zumeist signifikant negative Abhängigkeiten des Ar-

⁸ Es ist wichtig festzuhalten, daß sich diese Aussage auf einen mit dem Bruttoproduktionspreis deflationierten Nominallohn bezieht. Definiert man den Bruttoproduktionspreis (P), wie üblich, als gewogenes geometrisches Mittel aus Wertschöpfungspreis (P_w) und Vorleistungspreis (P_v), wobei γ den Anteil der Wertschöpfung an der Bruttoproduktion bezeichnet,

$$P = P_w^\gamma P_v^{1-\gamma}$$

so zeigt sich, daß der implizit berechnete Wertschöpfungspreis abnehmen wird, wenn P_v steigt und P wegen mangelnder Preisüberwälzungsmöglichkeiten konstant bleibt. In diesem Fall ergibt sich für die Unternehmen eine Gewinnkontraktion, wenn der Nominallohn nicht in gleichem Maße wie der Wertschöpfungspreis sinkt (W/P_w konstant). Unter bestimmten Bedingungen ist eine Bindung der Nominallohnänderungen an die Wertschöpfungspreisänderungen als beschäftigungsneutral anzusehen. Vgl. hierzu z. B. R. C. Marston, S. J. Turnovsky: Imported Materials Prices, Wage Policy, and Macro-Economic Stabilization, in: Canadian Journal of Economics, Vol. XVIII, 1985, S. 273-284. Für die Beurteilung der Lohnpolitik im Jahre 1986 ist es von großer Bedeutung, welchen Preisindex man zur Deflationierung des Nominallohns zugrunde legt. Immerhin war der Anstieg der Verbraucherpreise um mehr als drei Prozentpunkte niedriger als der Anstieg des Sozialproduktdeflators.

beitseinsatzes von den Reallöhnen und den realen Vorleistungspreisen. Manche Autoren sehen in der Vernachlässigung von Vorleistungspreisen gleichsam eine Erklärung dafür¹¹, daß einige ältere ökonomische Untersuchungen nicht zu den erwarteten negativen, sondern mitunter sogar zu positiven Schätzungen für die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage gelangten. Jedenfalls bestätigt die Mehrzahl der neueren Untersuchungen die Aussage, die auch aus der Tabelle deutlich hervorgeht: Die Entwicklung der realen Vorleistungspreise spielt in dem hier betrachteten Zeitraum eine wichtige Rolle bei der Erklärung des Arbeitsnachfrageverhaltens.

Zeitbedarf der Faktor Anpassung

Bei der Interpretation des Zahlenmaterials ist auch zu berücksichtigen, daß zwischen einer Faktorpreisänderung und der durch sie bewirkten Änderung von Produktion und Beschäftigung mehr oder weniger lange Zeitspannen liegen können. Zum einen gibt es rein institutionelle Gründe, wie Rationalisierungsschutzabkommen oder Kündigungsschutzgesetze, die eine sofortige Anpassung des Arbeitseinsatzes ausschließen. Zum anderen verursachen Änderungen des Beschäftigungsniveaus wirtschaftliche Anpassungskosten für die einzelnen Unternehmen¹². Beispiele hierfür sind gesetzliche oder freiwillige Abfindungszahlungen bei Kündigungen, Suchkosten, Umzugsfinanzierungen und Einarbeitungskosten bei Einstellungen. Allein aufgrund solcher Kosten kann es für eine Unternehmung rational sein, geplante Beschäftigungsänderungen nicht in voller Höhe sofort vorzunehmen, sondern über größere Zeiträume zu strecken¹³.

Besonders wichtig wird die Existenz von Anpassungskosten im Zusammenhang mit der Annahme, daß das

„typische“ Unternehmen nicht nur für eine Periode plant, sondern langfristige Zielvorstellungen verfolgt. In diesem Fall tritt das Problem der Erwartungsbildung auf. Solange angenommen werden kann, daß der Faktor Arbeit völlig variabel ist, spielt es für die aktuelle Beschäftigungsentscheidung keine Rolle, wie hoch der Preis für Arbeit in der Zukunft sein wird. Selbst wenn starke Veränderungen der Löhne in der nahen Zukunft erwartet würden, bestünde keine Notwendigkeit, das aktuelle Beschäftigungsniveau in irgendeiner Weise daran auszurichten, da im Zeitpunkt der Lohnänderungen eine sofortige und kostenfreie Anpassung möglich wäre¹⁴.

Sobald jedoch Änderungen des Arbeitseinsatzes Kosten verursachen, werden die Unternehmen zukünftige Faktorpreispfade und Outputpreispfade bei ihren aktuellen Planungen berücksichtigen. Wird eine bestimmte Lohnänderung beispielsweise als vorübergehend eingeschätzt, so wird diese einen mehr oder weniger geringen Einfluß auf das Beschäftigungsniveau haben. Werden die Erwartungen in adaptiver Weise gebildet, kommt es auch bei dauerhaften Faktorpreisänderungen nur mit unter Umständen erheblichen Zeitverzögerungen zu einer vollständigen Anpassung der Beschäftigung.

Diese Überlegungen sind für die Beurteilung der kurzfristigen Wirkungen einer Faktorpreisänderung, wie beispielsweise der starken Ölpreisverbilligung im Jahre 1986, sicherlich von Bedeutung. Auf die naheliegende Frage, ob das Ausbleiben der von vielen aufgrund der Ölpreisverbilligung erhofften kräftigen Beschäftigungszunahme im wesentlichen damit zu erklären ist, daß die Preisreduktionen nicht durchweg als dauerhaft erachtet wurden und Beschäftigungsanpassungen nur mit längeren Zeitverzögerungen vorgenommen werden, wird am Ende dieses Beitrags noch eingegangen werden.

Hier sei vorerst festgehalten, daß sich die Hypothese zeitlich stark verteilter Wirkungen von Faktorpreisänderungen in zahlreichen Untersuchungen bestätigt hat¹⁵. Daher wäre es irreführend, wenn man allein aus zeitglei-

⁹ Ein Überblick über einige dieser Arbeiten finden sich bei M. H e i s e : Arbeitsnachfrage und Beschäftigung: Theoretische Grundlagen und empirische Untersuchungen für das produzierende Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1987, S. 93 ff.

¹⁰ Eine schätzbare (doppellogarithmische) Funktion für die Nachfrage nach Arbeit läßt sich – unter der Annahme gewinn- oder gegenwertmaximierender Unternehmen – verhältnismäßig leicht aus einer zweistufigen CES-Funktion für die Bruttoproduktion herleiten. Vgl. z. B. M. B r u n o , J. S a c h s : Input Price Shocks . . . , a.a.O., S. 681 ff.

¹¹ J. S. V. S y m o n s , R. L a y a r d : Neoclassical Demand for Labour Functions for Six Major Economies, in: The Economic Journal, Vol. 94, 1984, S. 796.

¹² Aufgrund dieses Tatbestandes wird der Produktionsfaktor „Arbeit“ im allgemeinen als quasi-fix bezeichnet, eine Konvention, die auf W. Y. O i : Labor as a Quasi-Fixed Factor, in: Journal of Political Economy, Vol. 50, 1962, S. 538-555, zurückgeht.

¹³ Diese Aussage muß allerdings als strittig gelten, da sie voraussetzt, daß die Grenzkosten einer Beschäftigungsanpassung um so höher werden, je größer die Beschäftigungsvariation ausfällt. In Ermangelung konkreter empirischer Anhaltspunkte kann eine solche „Konvexität der Anpassungskostenfunktion“ freilich nur ad hoc postuliert werden. Vgl. zu diesem Problemkreis M. R o t h s c h i l d : On the Cost of Adjustment, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 85, 1971, S. 605-622.

¹⁴ In der einschlägigen formalen Analyse, die sich u. a. der Methoden der Variationsrechnung bedient, wird dieser Sachverhalt als „Gleichwertigkeit der Annahmen der Gewinnmaximierung und der Gegenwertmaximierung“ bezeichnet. Vgl. z. B. T. J. S a r g e n t : Makroökonomik, München u. a. 1982, S. 75 ff. Eine solche Gleichwertigkeit liegt nur dann vor, wenn keine Anpassungskosten existieren. Anderenfalls resultiert für ein gegenwertmaximierendes Unternehmen eine Arbeitsnachfragefunktion, die die für den gesamten Planungszeitpunkt relevanten Zeitpfade der Faktorpreise und der Outputpreise enthält. T. J. S a r g e n t : Estimation of Dynamic Labor Demand Schedules under Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, Vol. 86, 1978, S. 1009-1044, führt zusätzlich das Problem der Unsicherheit ein, indem er Faktorpreise und Produktivitätsgrößen als stochastische Variable definiert.

¹⁵ Einige Literaturhinweise hierzu finden sich bei M. H e i s e : Arbeitsnachfrage und Beschäftigung . . . , a.a.O., S. 100 ff.

chen Korrelationsbeziehungen etwa zwischen der Beschäftigung und den Reallohnen weitreichende Schlußfolgerungen für die Beschäftigungspolitik zöge.

Kapitalnutzungskosten

Nicht selten wird die Ansicht vertreten, daß das hohe Realzinsniveau seit Beginn der achtziger Jahre über eine Dämpfung der Investitionstätigkeit wesentlich zur Entstehung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Unternehmen werden sich nur dann zugunsten einer Sachkapitalinvestition entscheiden, wenn deren Ertrag die Kosten der Kreditaufnahme oder den Alternativertrag einer Finanzmarktanlage vorhandenen Eigenkapitals übersteigt. Obgleich nicht strittig ist, daß der Marktzinssatz (um die Preisentwertung korrigiert) die Kosten des Kapitaleinsatzes wesentlich mitbestimmt, ist der empirische Nachweis eines Kapitalkosteneffekts auf die Beschäftigung recht schwierig.

Dies liegt nicht allein an den bekannten Problemen einer Kapitalkostenerfassung – in ein adäquat definiertes Konzept müssen außer einem geeigneten langfristigen Zins die Abschreibungsrate sowie die erwartete Preisänderungsrate der Kapitalgüter eingehen –, sondern auch an inhaltlichen Zusammenhängen: Zum einen

können steigende Realzinsen einen für sich genommen beschäftigungserhöhenden Effekt über eine Zunahme des Arbeitsangebots ausüben¹⁶: In Phasen hoher Realzinsen ist es lohnend, mehr zu arbeiten, um Teile des so erwirtschafteten Einkommens hochverzinslich für zukünftigen Konsum anzulegen.

Wichtiger noch ist allerdings, daß Zinssteigerungen nur mittelbar auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen wirken. Kommt es beispielsweise wegen eines steigenden Weltmarktzinses zu einer Diskrepanz zwischen den Kosten und dem Ertrag des Kapitaleinsatzes, so läßt sich diese Diskrepanz keinesfalls durch eine sofortige Reduzierung des Arbeitseinsatzes beseitigen; im Gegenteil, sie würde eher noch steigen. (Ein ähnlicher Fall liegt im übrigen vor, wenn die Kapitalrendite durch hohe Reallohnsteigerungen oder, wie bereits angesprochen, durch exogene Vorleistungspreiserhöhungen vermindert wird.) Die Unternehmen werden sich vielmehr veranlaßt sehen, weniger zu investieren, und somit das Wachstum der Kapazitäten und der Beschäftigung in späteren Perioden verringern.

Auch wenn längerfristige Beschäftigungseffekte dieser Art empirisch nur schwer nachweisbar sind¹⁷, sollte

¹⁶ Vgl. z. B. R. E. Lucas, L. A. Rapping: Real Wages, Employment and Inflation, in: E. S. Phelps et al. (Hrsg.): Microeconomic Foundations of Employment and Inflation Theory, London and Basingstoke 1971, S. 265 ff.

¹⁷ Einen interessanten Schätzansatz präsentiert V. Hallwirth: Reallohn und Beschäftigung – Ein Ansatz zum Test der klassischen Grenzproduktivitätstheorie der Arbeit, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 200, 1985, S. 153-172.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Stephen Marris

DEFIZITE UND DER DOLLAR

Die Weltwirtschaft in Gefahr

Nach der vorliegenden Studie von Stephen Marris ist eine harte Landung des US-Dollars mit all ihren Konsequenzen auch für den Rest der Welt angesichts der vergangenen Wirtschaftspolitik unausweichlich. Kaum jemand ist wie der Verfasser – er war langjähriger Berater der OECD, ist Mitglied der Group of Thirty und heute Mitarbeiter des Institute for International Economics – geeignet und in der Lage, eine so umfassende Analyse der Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Ungleichgewichte in der Welt zu geben und originelle Lösungen zu ihrer Überwindung zu entwickeln.

Großoktav, 571 Seiten, 1986, brosch. DM 59,-

ISBN 3-87895-311-2

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

ihre Bedeutung nicht gering veranschlagt werden. So ist es sicherlich auch schwer, gänzlich abzustreiten, daß die hohen Realzinsen der letzten Jahre das Investitionsklima für sich genommen belastet und so dazu beigetragen haben, daß das gegenwärtige Beschäftigungsniveau trotz eines im fünften Jahr befindlichen Aufschwungs und befriedigender Kapazitätsauslastung von der Vollbeschäftigung weit entfernt ist. Da diese Aspekte die gesamtwirtschaftliche Investitionsfunktion betreffen, werden sie in diesem Beitrag nicht eingehend diskutiert. Das Problem hoher Kapitalnutzungskosten muß jedoch im Auge behalten werden, wenn es darum geht, die scheinbare Asymmetrie in den negativen Beschäftigungsfolgen der Ölpreisverteuerungen der siebziger Jahre und dem Ausbleiben positiver Beschäftigungswirkungen durch den jüngsten Ölpreisverfall zu deuten.

Rationierungsphänomene

Zum Abschluß soll die Hypothese angesprochen werden, daß die unbefriedigende Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik nicht auf zu hohe Faktorpreise, sondern auf einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Güternachfrage zurückgeht. Zu dieser empirischen Frage ist der Wissensstand äußerst gering. Während sich modelltheoretisch unter gewissen Bedingungen – z. B. bei festen oder nur begrenzt flexiblen Preisen – sogenannte Rationierungsgleichgewichte herleiten lassen, bei denen eine expansive, weil nachfragesteigernde Lohnpolitik unter Umständen positive Beschäftigungswirkungen hat, gibt es für die empirische Relevanz solcher Zustände kaum einen methodisch überzeugenden Nachweis. Die Schwierigkeiten eines statistischen Hypothesentests liegen hauptsächlich darin, daß die herkömmlichen Methoden der Ökonometrie die Gleichgewichtsannahme als zentrale Voraussetzung haben. Angebot und Nachfrage eines Marktes werden im allgemeinen simultan geschätzt und durch dieselben Beobachtungen repräsentiert.

Sobald ein „Tausch im Ungleichgewicht“ vorliegt, ist die Gleichgewichtsannahme verletzt, und man wird andere Annahmen etwa derart treffen müssen, daß sich die jeweils kürzere Seite des Marktes letztlich durchsetzt. Selbst wenn bekannt ist, welche Marktseite eine bestimmte Beobachtung generiert hat, ist jedoch nicht gesichert, daß es sich hierbei um die Realisation derjenigen Pläne handelt, die aus einem uneingeschränkten

Nutzen- oder Gewinnmaximierungskalkül der Wirtschaftssubjekte resultieren. Es gilt vielmehr zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftssubjekte, weil sie auf einem anderen Markt rationiert sein können, ihre Pläne auf dem jeweils betrachteten Markt entsprechend anpassen. Ein solcher „spill-over“-Effekt liegt z. B. dann vor, wenn die Unternehmen aufgrund pessimistischer Absatzerwartungen weniger Arbeit nachfragen, als es bei gegebenen Faktorpreisen und Outputpreisen gewinnmaximal wäre.

Versuche, Ungleichgewichtszustände und Spill-over-Effekte in geschlossenen Marktmodellen empirisch überprüfbar zu machen, sind von einer breiten Anwendungsreife wohl noch recht weit entfernt¹⁸. Allerdings gibt es auch für die Bundesrepublik Deutschland einige Arbeiten, die vor dem geschilderten theoretischen Hintergrund der Frage nachgehen, ob die Parameter in herkömmlichen Arbeitsnachfragefunktionen zeitlich stabil sind oder ob sie etwa in Abhängigkeit von veränderten Absatzbedingungen am Gütermarkt systematischen Schwankungen unterliegen. Einige vom Autor¹⁹ durchgeführte Tests ergaben, daß die Nachfrage nach Arbeit weniger stark auf Veränderungen des Reallohns reagiert, wenn die Kapazitätsauslastung, die man als Indikator für das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am Gütermarkt ansehen mag, gering ist. Hierbei wurde das sogenannte „switching-regression“-Verfahren zur Stabilitätsanalyse verwendet²⁰. Dieses Verfahren ermöglicht es, Strukturbrüche einer ökonomischen Verhaltensfunktion mit Hilfe des Datenmaterials (nicht durch Vorgabe) zu bestimmen und dabei eine ausgewählte Variable, die nicht als Regressor verwendet wird, als Informationsquelle für die Bestimmung der Strukturwechsel heranzuziehen. Das Ergebnis, daß die Reagibilität der Beschäftigung auf Reallohnänderungen bei schlechter Absatzlage gering ist²¹, scheint sich auch bei stärker disaggregierter Betrachtung einzelner Industriebranchen zu bestätigen²². Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß zeitlich stark schwankende Reallohnelastizitäten der Ar-

¹⁸ Ein ökonomisches Ungleichgewichtsmodell in mehreren Märkten ist von T. Ito: *Methods of Estimation for Multi-Market Disequilibrium Models*, in: *Econometrica*, Vol. 48, 1980, S. 97-123, entwickelt worden. Eine erfolgreiche Anwendung dieses Modells für Arbeits- und Gütermärkte steht noch aus.

¹⁹ M. Heise: *Arbeitsnachfrage und Beschäftigung ...*, a.a.O., S. 189 ff.

²⁰ Den Grundgedanken dieses Verfahrens hat Quandt bereits 1958 vortragen. Vgl. R. E. Quandt: *The Estimation of the Parameters of a Linear Regression System Obeying two Separate Regimes*, in: *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 53, 1958, S. 873-880.

²¹ In manchen Rechnungen bestätigt sich sogar der in der Lehrbuchliteratur häufig diskutierte Extremfall, daß die Arbeitsnachfrage reallohnunabhängig ist und sozusagen als Parallele zur Reallohnachse verläuft.

²² Vgl. hierzu J. Möller: *Strukturelle Veränderungen von Arbeitsmarktrelationen. Theoretische und empirische Aspekte*, Frankfurt 1982.

²³ Vgl. H. Gerfin: *Neue keynesianische Makroökonomik im empirischen Test*, in: G. Bombach, B. Gahlen, A. E. Ott (Hrsg.): *Makroökonomik heute: Gemeinsamkeiten und Gegensätze*, Tübingen 1983, S. 297-326; G. Horn, J. Möller: *Keynesianische oder klassische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland? – Empirische Überprüfung eines Mengenerationierungsmodells mittels Kalman-Verfahren für den Zeitraum 1970-1982*, in: *ifo-Studien*, 31. Jahrgang, 1985, S. 203-238.

beitsnachfrage auch in anderen Beiträgen festgestellt worden sind, die mit der Kalman-Methode zur Schätzung zeitvariabler Koeffizienten arbeiten²³.

Fazit

Die im letzten Abschnitt angesprochenen empirischen Ergebnisse sind noch als explorativ und interpretationsbedürftig anzusehen. Sie berechtigen – für sich alleine genommen – sicherlich nicht dazu, gängige Leitlinien der Lohnpolitik, die die beschäftigungspolitische Verantwortung der Tarifparteien hervorheben, gänzlich in Frage zu stellen. Indes dürfte die allgemeine Folgerung, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen situationsabhängig zu treffen sind, wenig umstritten sein. Zahlreiche Gründe sprechen jedoch dagegen, die Lohnpolitik mit der Aufgabe zu betrauen, stets für eine ausreichend hohe gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu sorgen. Hier dürften andere Politikbereiche gefordert sein.

Für die Lohnpolitik ergeben sich jedoch aus dem Vorangegangenen zwei relevante Schlußfolgerungen: Erstens sind Änderungen der Preise importierter Vorleistungsgüter, die empirisch nachweisbare Beschäftigungseffekte haben, adäquat zu berücksichtigen²⁴. Zweitens ist zu beachten, daß die Beschäftigungswirkungen von Faktorpreisveränderungen zeitlich stark verteilt sind. In der kurzen Frist sollte es daher nicht überraschen, wenn angebotsseitig günstige Kostenentwicklungen keine starken Beschäftigungseffekte haben.

Es fragt sich allerdings, ob diese Schlußfolgerungen mit der aktuellen Wirtschaftsentwicklung in der Bundes-

republik kompatibel sind. Schließlich sind die Preise importierter Rohstoffe in D-Mark gerechnet schon seit Mitte 1985 stark rückläufig, ohne daß der erhoffte kräftige Beschäftigungsanstieg seither eingetreten wäre. Ist dies mit sehr ausgeprägten time-lags oder auch damit zu erklären, daß die Ölpreisverbilligung weithin (noch) als vorübergehende Erscheinung empfunden wird? Wäre demnach – anderen negativen Indizien zum Trotz – alsbald mit positiven Impulsen für die Beschäftigung zu rechnen, oder gibt es tatsächlich eine „Asymmetrie“ in den Beschäftigungsfolgen der negativen Ölpreisschocks in den siebziger Jahren und dem somit doch nicht so „segensreichen“ Ölpreisverfall Mitte der achtziger Jahre?

Bei einer Beurteilung dieser Fragen ist zum einen die äußerst starke reale Aufwertung der D-Mark seit Anfang 1985 zu berücksichtigen, die die deutsche Exportwirtschaft unter erheblichen Anpassungsdruck stellt und zumindest kurzfristig als Konjunkturbremse wirken dürfte. Eine starke reale Höherbewertung der D-Mark hat es im übrigen auch in den frühen siebziger Jahren gegeben; damals dürften die negativen Auswirkungen des ersten Ölpreisschocks noch verstärkt worden sein. Insofern ist eine gewisse Asymmetrie zur aktuellen Beschäftigungsentwicklung zu erwarten. Hinzu kommt zum anderen, daß die Realzinsen seit 1981 beträchtlich gestiegen sind und das durchschnittliche Niveau der siebziger Jahre mittlerweile um mehrere Prozentpunkte übersteigen²⁵. Daß die negativen Auswirkungen der hohen Realzinsen und der kräftigen Aufwertung der D-Mark die positiven Wachstumsimpulse des Ölpreisverfalls dominieren und somit unsichtbar machen können, dürfte im Prinzip unstrittig sein. Daher sollten theoretisch und empirisch begründete Hypothesen – etwa hinsichtlich der zeitlich stark verteilten, längerfristig aber doch deutlichen Abhängigkeit der Beschäftigung von den Faktorpreisen – nicht aufgrund aktueller Wirtschaftsentwicklungen allzu schnell verworfen werden.

²⁴ Eine Fragestellung, die in diesem Zusammenhang relevant sein dürfte, ist in Fußnote 8 angesprochen.

²⁵ Es soll hier nicht auf das schwierige Problem einer geeigneten Realzinsdefinition eingegangen werden. Man mag sich bei dieser Aussage an der Realzinsreihe des Sachverständigenrats orientieren. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1986/87, Ziffer 70, Schaubild 18.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah) **Geschäftsführend:** Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Dipl.-Vw. Ira Lanz, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,- (Studenten: DM 48,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.